

# Aktuelle Post aus dem Kreistag (6)



8. Dezember 2016

Liebe Freundinnen und Freunde!  
Liebe Genossinnen und Genossen!

In der Kreistagssitzung am 7. Dezember 2016 ging es um den Doppelhaushalt für 2017/2018. Die schwarz-rote Koalition präsentierte den ersten Haushalt nach Verlassen des Schutzschirms. Doch trotzdem sich die Haushaltslage nun entspannter darstellt, werden die Kürzungen im Sozialbereich nicht zurückgenommen. Welche Schwerpunkte der Landrat als Kämmerer setzt, können Sie / könnt ihr im Folgenden lesen. Wir stellten vier Änderungsanträge zum Haushalt. Unser wichtigstes Anliegen: eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft.

Das sind die heutigen Themen:

1. Haushalt 2017 / 2018
  - Änderungsantrag DIE LINKE./ Piraten: Gründung einer kreiseigenen gemeinnützigen Wohnbau Gesellschaft.
  - Änderungsantrag DIE LINKE. / Piraten: Mehr Geld für Frauenprojekte.
  - Änderungsantrag DIE LINKE. / Piraten: „Ergänzung §7 der Haushaltssatzung: Keine Verschiebung der Finanzmittel innerhalb des neuen Sozialbudgets.
  - Änderungsantrag DIE LINKE. / Piraten: Der Wetteraukreis wird Mitglied der Schutzgemeinschaft Vogelsberg.
2. Antrag DIE LINKE. / Piraten: die Erhebung „Sozialwohnungen im Wetteraukreis“ muss vorgeschrieben werden.
3. Anträge der Jugend- und Sozialhilfekommission
  - Erhöhung der Zuschüsse bei der Förderung der Jugendarbeit
  - Teilung der Kommission in eine Sozialhilfekommission und einen Jugendhilfeausschuss
4. Anträge von AfD und NPD

# RÜCKLICHT

Am 10. November fand das Forum des Vereins „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ statt:  
**„Wohnen macht arm. Bezahlbarer Wohnraum für ALLE!“**



Das Forum war gut besucht und wer über eine Wende in der Wohnungspolitik nachdenkt, konnte inhaltliche Anregungen für seine Arbeit mitnehmen. Die Kreistagsfraktion der Linken bedankt sich für diese Veranstaltung! Besonders beeindruckt hat uns der Beitrag von Herrn Gerhard Dyroff, Vorstandsmitglied einer Wohnungsgenossenschaft in Bad Nauheim. Er zeigte auf, dass es auch hier bei uns in der Wetterau möglich ist, bezahlbaren Wohnraum

zur Verfügung zu stellen. Franz Parteder aus Graz berichtete, wie dort Wohnungspolitik gemacht wird: zu den 11 000 städtischen Wohnungen kamen in den letzten Jahren 500 neue dazu und weitere 500 sind in Planung. So können die Mieten nicht von privaten Investoren in schwindelerregende Höhen getrieben werden. Dr. Sebastian Schipper von der Uni Frankfurt begründete, warum mit privaten Investoren kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Engagierte Beiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben viel Stoff zum weiteren Nachdenken über dieses wichtige Thema.



## Haushalt 2017 / 2018

Die große Koalition aus CDU und SPD lobte sich und Ihre Haushaltsplanung in den höchsten Tönen. Derzeit ist die Haushaltslage nicht mehr so extrem angespannt, weil der Wetteraukreis den Schutzschirm wieder verlassen konnte.

Drei Schwerpunkte wurden besonders hervorgehoben: Tilgung der Schulden, Entlastung der Städte und Gemeinden und Investitionen in Schulen und Verkehr. Zur Entlastung der Städte und Gemeinden wurde die Kreisumlage – also was die Kommunen an den Kreis abführen müssen – um 14 Millionen gesenkt.

Der Sozialhaushalt wird weiter steigen. 254,4 Millionen Euro wurden dafür 2016 aufgewendet. Bis 2018 wird diese Summe auf 277,2 Millionen ansteigen.

Der Landrat lobte sich selbst dafür.

Aber sagt die Summe auch wirklich etwas darüber aus, ob die sozialen Aufgaben auch erfüllt werden? Und was der Landrat in seiner Ausführungen vergessen hat: Diese Sozialleistungen sind keine freiwilligen Leistungen. Es sind gesetzliche Aufgaben, die dem Wetteraukreis vom Land und vom Bund aufgegeben wurden, um die Daseinsvorsorge zu gewährleisten. In einer Gesellschaft, in der die Armut steigt, in der immer mehr ältere Menschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind und die Bedarfsgemeinschaften beim Jobcenter ansteigen, erreicht ein Sozialetat eine Rekordhöhe! Ist das wirklich ein Grund sich damit zu rühmen? Nein! Für alle diese gesetzlichen Aufgaben erhält der Wetteraukreis Bundesmittel. Es ist also nicht die Leistung des Wetteraukreises, dass dieses Geld bereitgestellt wird.

Auch wird es Gesetzesänderungen im Sozialbereich geben, die mehr Geld kosten werden – zum Beispiel: Bundesteilhabegesetz, Pflegestärkungsgesetz, Novellierung SGB VIII, Veränderungen beim Unterhaltsvorschussgesetz.

Frühere Kürzungen im sozialen Bereich, die in der Verantwortung des Wetteraukreises lagen, werden mit diesem Haushalt nicht zurückgenommen. Hier mal zur Erinnerung einige der gekürzten Teilhaushalte: Kürzung bei der psychosozialen Beratung, Kürzung bei der Schuldnerberatung, Kürzung bei den Noteltern, Kürzungen im Bereich der Erziehungshilfe, Streichung von Geldern für Haushaufgabeninitiativen, Kürzung der Leistungen für Unterkunft und Heizung im SGB II und SGB XII, Kürzungen bei Wohnungswechsel und Mietkautionen, bei Erstausstattungen, usw...

Für die neue Sozialdezernentin wurde eine Neuerung in den Haushalt aufgenommen: Es gibt ein Sozialbudget in Höhe von 25 Millionen Euro. Was das ist? In unserer Haushaltsrede haben wir das dazu gesagt:

*„Und ich will auch noch kurz etwas zu dem Tarnkäppchen sagen, das sich Sozialbudget nennt.“*

*Da werden 25 Millionen aus dem Haushalt extra zusammengefasst und der Sozialdezernentin unterstellt. Man fragt sich schon: Was ist mit dem restlichen Sozialhaushalt? Ist der wem anderes unterstellt? Was soll das heißen, wenn Sie sagen, Sie wollen für Partner verlässlich und planungssicher sein? Ist der Haushalt des Wetteraukreises selbst nicht verlässlich und planungssicher?*

*Oder was soll es bedeuten?*

*Will man dem ehemaligen Koalitionspartner von den Grünen zeigen, wie Sozialpolitik geht – wie Bardo Bayer in der Wetterauer Zeitung zitiert wurde?*

*Oder soll die neue Sozialdezernentin zukünftig Haushaltsmittel öffentlichkeitswirksam als Mäzenatin übergeben können?*

*Ähnlich wie bei den Bücherkisten für die Friedberger Stadtbibliothek oder den Mitteln für die Musikschule, die als besondere Wohltat des Landrats in der Zeitung vermarktet wurden, obwohl es reguläre Haushaltsmittel gewesen sind? Wir sind gespannt! Wirklich gespannt!*

*Wir vermuten jedoch etwas anderes: Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, der die Verschiebung von Mitteln innerhalb des Sozialbudgets verhindern soll. Verlässlichkeit ist nämlich so nicht möglich. Keiner der Haushaltsposten im Sozialbudget ist so üppig ausgestattet, dass er eine Kürzung vertragen würde.“*

Bitte beachten Sie / beachtet auch unseren Antrag zum Sozialbudget. Er wird weiter unten ausführlich erläutert.

Ein Skandal ist die Vergabe der Flüchtlingsbetreuung an die Firma „European Homecare“. Wir kritisierten die Verantwortlichen dafür nachdrücklich und zeigten auf, um was für eine dubiose Firma es sich hierbei handelt. European Homecare ist der Discounter unter den Privatanbietern, die sich an der Flüchtlingshilfe eine goldene Nase verdienen. 20 Milliarden Euro stellte die Bundesregierung 2016 für die Versorgung der Geflüchteten bereit. Kein Wunder, dass sich da die Hyänen drum streiten und Geschäftemacher versuchen, die Kosten für die Kommunen auch noch in die Höhe zu treiben. Recherchiert man zu Flüchtlingsfirmen, stößt man auf Begriffe, wie „Glücksritter“ oder „Lizenz zum Gelddrucken“.

Die Haushaltsrede in ganzer Länge finden Sie / findet ihr auf unserer homepage:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/reden/712-rede-zum-doppelhaushalt-2017-2018.html>

Etwas peinlich fielen die Haushaltsreden von Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP aus. Deren Redner waren spürbar sauer, nun die Rolle der Opposition einnehmen zu müssen. Beide Parteien wiesen darauf hin, dass der Wetteraukreis sich nur Dank ihrer erfolgreichen Vorarbeit in der letzten Wahlperiode heute besser darstellt.

Die FDP verwahrte sich in ihrer Haushaltsrede gegen die Behauptung „ sie hätte braune Rostflecken auf ihrer gelben Weste.“ Zu dieser Aussage kam es bei der letzten Kreistagssitzung, nachdem die FDP einen Änderungsantrag zu einem NPD-Antrag gestellt hatte. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es im Kreistag das ungeschriebene Gesetz, dass Anträge der NPD gemeinsam abgelehnt werden. Dass die AfD Anträge der NPD als Vorlage nutzt, um eigene Anträge zu stellen, war zu erwarten. Aber die FDP? Doch sie kooperierte sogar mit der AfD bei der Wahl zum Kreisausschuss und für den ZOV (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe). Die Realität ist weit entfernt von der Selbstwahrnehmung der FDP. So beginnen sie eine Rede mit - Zitat: „Liebe AfD...“

Die Gemeinschaft der Freien Wähler / UWG beschränkte sich in ihrer Haushaltsrede auf zwei Sätze: Da ihre Änderungsanträge sowieso abgelehnt würden, hielten sie es nicht für nötig, sich mit dem Haushalt auseinander zu setzen. Die AfD schwieg zum Haushalt.

### **Änderungsantrag DIE LINKE. / Piraten: Gründung einer kreiseigenen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft**

Wir beantragten, dass in den Haushalt 10 Millionen eingestellt werden, damit eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft gegründet werden kann. Wir haben vorgeschlagen, dass diese WoBau beim kreiseigenen Immobilienmanagement angesiedelt werden sollte. Dazu müssten deren Kompetenzen erweitert werden. Der Antrag ist hier im Wortlaut zu finden: <http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/711-jetzt-mittel-f%C3%BCr-eine-kreiseigene-wohnungsbaugesellschaft-in-den-haushalt-einstellen.html>

Aus der Antragsbegründung:

„Folgende Möglichkeiten der (Anschub-)Finanzierung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft sehen wir:

1. Endlich die Forderung des Hessischen Rechnungshofes erfüllen: Einforderung einer Gewinnbeteiligung der Sparkasse Oberhessen – realistisch erscheint uns eine Höhe von 40 Prozent. Der Bilanzgewinn der Sparkasse beläuft sich auf über 10 Millionen Euro. Damit käme bei einer Gewinnbeteiligung von 40 Prozent (minus Abzüge) ein Betrag von etwa 3 Millionen Euro dem Kreis zugute.
2. Einen namhaften Beitrag zur Finanzierung könnte auch die OVAG durch eine Beteiligung an der WoBau leisten. (Es gab in der Vergangenheit Beteiligungen vergleichbarer Art, z.B. die Beteiligung am Kraftwerk in Bremen mit über 20 Millionen Euro und einem Anteil von 4,95%.) Eine moderate Beteiligung würde den Bestand der OVAG nicht in Gefahr bringen, hätte aber einen enormen Nutzen für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.
3. Dazu kann die Anschubfinanzierung durch eine Kreditaufnahme des Kreises aufgestockt werden. Bei den derzeitigen Zinskonditionen auf dem Finanzmarkt entstehen keine

unüberwindlichen Hindernisse durch hohe Zinsbelastungen. Einem Kredit stünden im Falle einer WoBau entsprechende Werte gegenüber.“

Die CDU erklärte, dass die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft nicht realisierbar sei. Es führe zum Ruin der Sparkasse Oberhessen und der OVAG, sollten sie Gewinne ausschütten müssen.

Doch das sind die Fakten:

Die Sparkasse Oberhessen übererfüllt die gesetzlichen Vorschriften zur Rücklagenbildung. Der Bilanzgewinn von 10 Millionen Euro muss nicht mehr zur Sicherung der Bank verwendet werden. Die Sparkasse Oberhessen überführt sowieso Geld in eine Stiftung. Doch diese Stiftungsgelder werden nach Gutsherrenart verteilt und nicht für Zwecke, die vom Kreistag demokratisch beschlossen werden. Wiederholt rügte der Hessische Rechnungshof den Wetteraukreis, dass er einen Anteil der Gewinne einfordern soll. Doch nichts geschieht. Der Landrat ist Aufsichtsratsvorsitzender.

Die OVAG hat in der Vergangenheit in vergleichbarer Art investiert. Die Beteiligung am Bremer Kraftwerk brachte längere Zeit keinen Gewinn sondern Verluste. Auch das hat die OVAG nicht gefährdet. Auch die Beteiligung an der WoBau würde keine Gefährdung darstellen. Wir könnten darüberhinaus auch noch vorschlagen, die Gehälter der Geschäftsführung zu kürzen! Die beziehen weit überdurchschnittliche Gehälter.

Es gibt bereits Kreise, die eigene WoBau-Gesellschaften aufbauen. Beispielsweise der Main-Taunus-Kreis.

Doch das beeindruckte die anderen Parteien nicht. Lediglich die Grünen stimmten unserem Antrag zu.

### **Änderungsantrag DIE LINKE ./ Piraten: Mehr Mittel für Frauenprojekte**

Die Mittel für die wichtige Arbeit des Frauennotrufs in Nidda, des Frauenhauses Wetterau, des Vereins Wildwasser und anderer Hilfsangebote für Frauen wurden lange Zeit nicht mehr aufgestockt. Zwar hat der Wetteraukreis während des Schutzschirms keine Kürzungen vorgenommen aber das Land hatte bereits mehrmals Zuwendungen reduziert. Die verbesserte Haushaltssituation ermöglicht es heute, hier mehr Geld einzustellen.

Unser Vorschlag: eine Erhöhung von 100 000 Euro über zwei Jahre verteilt.

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/710-aufstockung-der-mittel-f%C3%BCr-frauenprojekte.html>

Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

### **Änderungsantrag DIE LINKE. / Piraten: „Ergänzung §7 der Haushaltssatzung - Keine gegenseitige Deckung der Mittel des Sozialbudgets“:**

Mit unserem Änderungsantrag wollten wir verhindern, dass es in den einzelnen Bereichen des neuen Sozialbudgets zu Verschiebungen kommt. Innerhalb eines Budgets

können nämlich Gelder hin- und hergeschoben werden, ohne dass ein Parlamentsbeschluss nötig wäre. Damit könnte der Fall eintreten, dass ein Bereich mit mehr Geld ausgestattet wird, als im Haushalt festgelegt – und ein anderer Bereich aber Kürzungen in Kauf nehmen muss.

Unserer Meinung nach, ist keiner der Teilbereiche (Drogenberatung, Erziehungsberatung, Schuldnerberatung, Pflegestützpunkt, Kindertagesbetreuung, Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Betreuung- und Ganztagsangebote an Schulen, Pflegekinderwesen, Teilhabeassistenz, Integration von Kindern mit Behinderungen in Kitas, Hilfen zur Erziehung / Eingliederungshilfen, Heilpädagogische Förderung, Schulsozialarbeit, Grundsicherung, Wohngeld, Bildung und Teilhabe, BAFÖG) mit so üppigen Mitteln ausgestattet, dass eine Verschiebung der Mittel problemlos wäre.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, nur die Grünen stimmten zu.

Hier ist der Antrag zu finden: <http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/709-keine-verschiebung-der-mittel-innerha%C3%B6lb-des-sozialbudgets.html>

### **Änderungsantrag DIE LINKE. / Piraten: „ Schutzgemeinschaft Vogelsberg“:**

Wir halten die Mitgliedschaft in der Schutzgemeinschaft Vogelsberg als dringend notwendig, denn ein schonender Umgang mit Trinkwasser kann zukünftig nur gemeinsam und solidarisch gewährleistet werden – ohne vorrangige wirtschaftliche Interessen.

Wir schlagen den erneuten Beitritt vor und einen Förderbeitrag von 500 Euro.

Die Sicherung des Wasserreservoirs Vogelsberg/Wetterau ist ein wichtiges gemeinsames Projekt der Kreise Wetterau und Vogelsberg. Die Versorgung des Ballungsraums Rhein-Main und den Naturschutz auszubalancieren, wird zukünftig große Anstrengungen erfordern.

Gemeinsame Strategien und Vernetzungen sind vorteilhaft. Sie dürfen nicht für unerhebliche kurzfristige Einsparungen geopfert werden. Für den Natur - und Klimaschutz gilt das gleiche. Ebenso beantragten wir, dass der Kreisausschuss Gesprächstermine vereinbart, um gemeinsame Projekte mit der Schutzgemeinschaft in den Arbeitsfeldern Wasser-, Natur- und Klimaschutz zu entwickeln und umzusetzen.

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/708-schutzgemeinschaft-voglesberg-f%C3%B6rdern.html>

Ähnliche Anträge haben wir seit der Kündigung der Mitgliedschaft des Kreises 2013 wiederholt gestellt. Auch diesen Antrag lehnte der Kreistag mehrheitlich ab. Jedoch haben die Grünen erstmals unserem Ansinnen zugestimmt.

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE. / Piraten: Fortschreibung der Erhebung 'Sozialwohnungen im Wetteraukreis'**

An einer Fortführung dieser Erhebung ist der Kreistag mehrheitlich nicht interessiert. Wir haben diesen Antrag gestellt, um das Problem der fehlenden Sozialwohnungen zu verdeutlichen.

2013 wurde auf unsere Anregung hin eine unsystematische Umfrage in den Städten und Gemeinden durchgeführt. Damals antworteten nicht alle Kommunen. Doch es wurde deutlich, dass der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft, dass kaum Neubauten geplant sind und dass es keine freien und beziehbaren Wohnungen im unteren Preissegment gibt. Damals war nur in Hirzenhain eine städtische Wohnung frei und beziehbar.

Dieses Ergebnis war geeignet, die Mietobergrenzen des Wetteraukreises grundsätzlich in Frage zu stellen. Denn zu den dort festgesetzten Mieten müssen auch Wohnungen anmietbar sein (Bundessozialgericht).

Kein Wunder, dass die Koalition kein Interesse an einer Fortführung dieser Erhebung hat.

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/699-wie-viele-sozialwohnungen-gibt-es-im-wetteraukreis.html>

## **Anträge der Jugend- und Sozialhilfekommission**

Der Kreistag billigte die Anträge der derzeitigen Jugend- und Sozialhilfekommission, die Arbeitsgebiete zu trennen. Zukünftig wird es eine Sozialhilfekommission geben und einen Jugendhilfeausschuss.

Begleitend wurden auch Satzungsänderungen beschlossen. Die Mitglieder der beiden Arbeitsgremien müssen dann neu gewählt werden.

## **Anträge von AfD und NPD**

Wieder standen drei Anträge der NPD und zwei Anträge der AfD auf der Tagesordnung. Zwei der NPD-Anträge hatten keinen Bezug zum Wetteraukreis und wurden nicht behandelt. Der verbleibende Antrag forderte, dass es im Ostkreis keine Ausländerbehörde geben soll.

Zuvor hatte die NPD bereits fünf Änderungsanträge zum Haushalt eingebracht. Ziel: alle Haushaltsposten zu streichen, die für Geflüchtete aufgewendet werden. Außerdem sollten die Mittel für Abschiebungen verdreifacht werden.

Alle diese Anträge wurden abgelehnt. Die AfD enthielt sich mehrheitlich – aber einige AfD-ler stimmten dafür.



Welche Stimmungsmache betrieben wird, kann man daran ersehen, dass der Wetteraukreis diese Mittel gar nicht selbst aufbringen muss. Es sind Bundes- und Landesmittel.

Die AfD stellte einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Kreistags. Und einen weiteren mit dem Titel: „Einführung einer Demokratieerklärung als Mindestvoraussetzung für eine Förderung durch den Wetteraukreis“.

Sie zielten damit auf linke und antifaschistische Gruppen, die angeblich eine Gefahr für die Demokratie darstellen.

Sowas hat es bundesweit schon mal gegeben.

Die damalige Klausel beinhaltete ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und die Verpflichtung, dafür „Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.“ Das sollte angeblich „eine Unterstützung extremistischer Strukturen“ verhindern.

Linke, Grüne und SPD lehnten die Extremismusklausel ab. Zahlreiche Vereine und Personen protestierten gegen die Klausel, viele davon unter dem Dach der Initiative „Aktionstag gegen Bekenntniszwang“. Die Kritiker warfen der Extremismusklausel vor, sie behindere Projekte gegen Rechts. Stattdessen würden viele dieser Projekte als linksextremistisch kriminalisiert.

Schließlich wurde diese Regelung nach einem Richterspruch des Dresdener Verwaltungsgerichts 2012 wieder abgeschafft.

Die AfD erhielt nur Unterstützung von der NPD. Vor der Abstimmung hatte ihr Sprecher Daniel Lachmann erklärt, er würde die Demokratieerklärung gegen die undemokratischen Gruppen gerne unterzeichnen.

### **Anfragen der Fraktion DIE LINKE. / Piraten**

Derzeit sind wir etwas in Verzug mit der homepage. Einige unserer Anfragen wurden inzwischen beantwortet. Aber wir werden die ruhigere Zeit um Weihnachten nutzen diese Antworten einzustellen. Sie finden / ihr findet die Anfragen auf unserer homepage : [www.die-linke-wetterau.de](http://www.die-linke-wetterau.de) Dort unter der Rubrik „Kreistag/Anfragen“.



Zuletzt noch eine Bitte: die „aktuelle Post“ kann gerne an Interessierte Menschen weitergeleitet werden. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter [info@die-linke-wetterau.de](mailto:info@die-linke-wetterau.de) bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden (Rubrik: Kreistag).

Viele Grüße von Rudi Kreich, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber